



Fachbereich	Dezernent(in) / Geschäftsführer	Datum
Dez3	StR Steitz	24.07.2006
verantwortlich	Telefon	Dringlichkeit
Reyhan Güntürk	27247	
Beratungsfolge	Beratungstermine	Zuständigkeit
Ausländerbeirat	29.08.2006	Empfehlung
Schulausschuss	06.09.2006	Empfehlung
Kinder- und Jugendausschuss	13.09.2006	Empfehlung
Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden	14.09.2006	Empfehlung
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit	19.09.2006	Empfehlung
Haupt- und Finanzausschuss	21.09.2006	Empfehlung
Rat der Stadt Dortmund	28.09.2006	Beschluss

### **Tagesordnungspunkt**

Masterplan Integration - Ergebnisse der Auftaktveranstaltung am 02. Juni 2006 und weiteres Vorgehen

### **Beschlussvorschlag**

1. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt auf der Grundlage der Ergebnisse der Auftaktveranstaltung Masterplan Integration folgendes Leitbild Integration für die Stadt Dortmund:

#### **Gemeinsam in Vielfalt – Zuhause in Dortmund**

**Dortmund ist eine welt- und kulturoffene Stadt.**

**Bürgerschaft, Politik und Verwaltung betrachten es daher als Selbstverpflichtung, allen Menschen in der Stadt gleiche Teilhabe und Chancen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen und das friedliche, respektvolle Miteinander zu sichern.**

**Grundlage unseres Handelns sind dabei**

- **die Menschenrechte,**
- **die Werteordnung des Grundgesetzes,**
- **der gleichberechtigte Dialog auf Augenhöhe.**

**Wir in Dortmund machen „Gemeinsam in Vielfalt“ daran fest, dass Vielfalt in der Gesellschaft als Bereicherung der Kompetenzen und Erfahrungen aller empfunden, Vorbehalte, Vorurteile und Ängste abgebaut und Unterschiede akzeptiert werden.**

- 
2. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt auf der Grundlage der Ergebnisse der Auftaktveranstaltung Masterplan Integration folgende Definition des Begriffs „Integration“ für die Stadt Dortmund:

**Integration beinhaltet im Kern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Dortmund auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes.**

**Integration**

- **ist ein langfristig angelegter, dialogorientierter Prozess auf gleicher Augenhöhe,**
- **liegt in gleicher Verantwortung aller Beteiligten,**
- **erfolgt nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ im Sinne beidseitiger Aktivitäten und Verantwortlichkeiten,**
- **setzt bei den Potenzialen der einheimischen und zugewanderten Menschen an (Anerkennungskultur),**
- **ist das gegenseitige Respektieren und Wertschätzen der jeweiligen Identitäten und Kompetenzen,**
- **hat als Grundvoraussetzung die sprachliche Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft ohne Vernachlässigung der Muttersprache.**

3. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, sich im Rahmen des Masterplans Integration in den Jahren 2006/2007 schwerpunktmäßig mit den folgenden Themenfeldern zu beschäftigen:

- **Schule/Ausbildung/Beschäftigung**
- **Sprachförderung**
- **Kinder und Jugendliche**
- **Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten**
- **Interkulturelle Öffnung**

Dazu soll die Verwaltung mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren und wissenschaftlicher Unterstützung Handlungsfelder innerhalb der Themenfelder herausfiltern und in Masterplan-Veranstaltungen der interessierten Öffentlichkeit vorstellen.

**Finanzielle Auswirkungen**

Aufwendungen entstehen für die Organisation der Masterplan-Veranstaltungen. Hierzu gehören Raummieten, Bewirtungs- und Druckkosten sowie Honorare und Spesen für Moderatorinnen/Moderatoren und Referentinnen/Referenten. Diese Aufwendungen können derzeit noch nicht beziffert werden.

---

Für 2006 sind sie durch zweckgebundene Fördermittel in Höhe von 69.542 Euro gedeckt, die kurzfristig akquiriert wurden (Sachkonto 514200 bei Produkt 06\_0101603 (Dezernatsbüros) .

Die Aufwendungen für die Jahre 2007 bis 2010 i.H.v. jährlich 50.000 Euro sind im Haushaltsplanentwurf 2007 unter dem Sachkonto 653900 bei dem Produkt 06\_0101603 (Dezernatsbüros) enthalten.

Evtl. später im Rahmen der Schwerpunktfelderbearbeitung anfallende finanzielle Auswirkungen in den beteiligten Fachbereichen werden im Zusammenhang mit den entsprechenden Gremienvorlagen beschrieben.

Dr. Langemeyer  
Oberbürgermeister

Steitz  
Stadtrat

Dr. Uthemann  
Stadtkammerin

### **Begründung**

Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 15.12.2005 die Verwaltung beauftragt, einen Masterplan Integration zu entwickeln und umzusetzen. Als Rahmenziele hat der Rat vorgegeben, im ersten Schritt den Begriff „Integration“ im Hinblick auf die Stadt Dortmund zu definieren, ein Leitbild zu entwickeln sowie Schwerpunktsetzungen für die Jahre 2006/2007 publikumsoffen und auf breiter Basis auszuarbeiten. An diesen Schwerpunkten in der Integrationsarbeit werden sich der Rat und die Verwaltung in Dortmund in den kommenden zwei Jahren orientieren.

Zur Ausgestaltung dieser ersten Rahmenziele fand am 02.06.2006 die Auftaktveranstaltung Masterplan Integration statt. Die Ergebnisse der Veranstaltung und das weitere Vorgehen sind im Einzelnen in **Anlage 1** dargestellt. Ein Überblick über die einzelnen Arbeitsschritte findet sich im „Phasenmodell Masterplan Integration“, das als **Anlage 2** beigefügt ist.

## **Ergebnisse der Auftaktveranstaltung Masterplan Integration und weiteres Vorgehen**

Zur Ausgestaltung der ersten Rahmenziele des Masterplans Integration fand am 02.06.2006 die Auftaktveranstaltung Masterplan Integration statt, die extern moderiert wurde. Rund 250 Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Migrantenselbstorganisationen nahmen an der Veranstaltung teil.

### **1. Ablauf und Ergebnisse**

Vor der inhaltlichen Arbeit gab eine Podiumsdiskussion zum Thema „Perspektiven der Integration für Dortmund“ Inputs für die weitere Arbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. An der Podiumsdiskussion nahmen Stadtrat Wilhelm Steitz als städtischer Integrationsbeauftragter, Thomas Kufen (Integrationsbeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen), Adem Sönmez (Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Dortmund), Manfred Renno (Bezirksvorsteher Dortmund-Hörde) sowie Ahmad Aweimer (Sprecherkreis „Integration mit aufrechtem Gang“) teil.

Anschließend haben sich drei Dialogrunden mit den Themen

1. „Begriffsdefinition Integration“,
2. „Ausgestaltung eines Integrationsleitbildes für die Stadt Dortmund“ und
3. Entwicklung von Schwerpunktsetzungen in der Integrationsarbeit für die Jahre 2006/2007

beschäftigt.

Die möglichen Schwerpunkte für die dritte Dialogrunde wurden auf der Grundlage des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – der im Rat auch die Unterstützung der CDU gefunden hatte - vom 29.11.2005 formuliert. Darüber hinaus erarbeitete der verwaltungsinterne Arbeitskreis Integration – bestehend aus Mitgliedern der StÄ 11, 32, 40, 50, 51, 53, 57, 61, 64 und Beschäftigten von Urban II, der Wirtschaftsförderung, der Kulturbetriebe, des Familienprojektes und der Dezernatsbüros 3 und 5 unter Federführung des Integrationsbüros (3/Dez-IB) - im Vorfeld der Auftaktveranstaltung Entwürfe zu den übrigen beiden Dialogrunden. Die Ergebnisse wurden als Vorschläge für die Definition des Begriffs „Integration“ und das Leitbild dem Ausländerbeirat, dem Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden sowie dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit vorgelegt (Drucksache Nr. 04914-06). Der Ausländerbeirat hat ausgehend von diesen verwaltungsinternen Entwürfen eigene Vorschläge zu Begriffsdefinition und Leitbild eingebracht.

Alle Entwürfe – sowohl die der Verwaltung als auch die des Ausländerbeirates – wurden auf der Auftaktveranstaltung Masterplan Integration allen Beteiligten zur Diskussion gestellt mit der Bitte um Anregungen, Ergänzungen und Bewertungen. Ziel sollte es sein, die von der Verwaltung eingebrachten Kernaussagen auf breiter Basis zu diskutieren und bestätigen zu lassen. Diskutiert haben die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auch über die aus der Ratsvorlage vom 15.12.2005 resultierenden Schwerpunktsetzungen für 2006/2007.

Die Dialoggruppen bestanden - basierend auf der World-Café-Methode - aus insgesamt 25 Tischen à ca. 8-10 Personen, damit intensive und inhaltreiche Diskussionen in Kleingruppen und ein Höchstmaß an Beteiligung erzielt werden konnten. Jeder Tisch wurde von einer sogenannten Gastgeberin bzw. einem Gastgeber betreut, die/der für die Fragestellung, Gesprächsstrukturierung, Moderation und Ergebnissicherung zuständig war. Nach den Dialogrunden haben die Gastgeberinnen und Gastgeber gemeinsam die Ergebnisse aus den Runden zusammengefasst und in Form einer Talkrunde dem Plenum präsentiert.

Die Ergebnisse aus den Dialogrunden stellen sich wie folgt dar:

### 1.1 Ergebnisse der Dialogrunde „Entwicklung eines Leitbildes“

**Grundsätzlich waren alle Beteiligten der Dialogrunde „Entwicklung eines Leitbildes“ mit beiden Entwürfen einverstanden.** Verschiedene, konkrete Verbesserungsvorschläge wurden dagegen im Hinblick auf einige Formulierungen eingebracht:

- **Die Formulierung „gastfreundlich“ impliziere eine „Gastgeber-Mentalität“ und solle durch den Begriff „kulturoffen“ ersetzt werden.**
- Generell wünschten sich die Diskutierenden, dass die Formulierung „Einheit in Vielfalt“ in „**Gemeinsam in Vielfalt**“ umbenannt werden sollte.
- Starke Zustimmung erfuhren die Wendungen „Gleichberechtigter Dialog und gegenseitiger Respekt“ aus dem Entwurf des Ausländerbeirates. **Bereits im ersten Satz sollte der Begriff „Respekt“ enthalten sein.**
- Weiterhin wurde vorgeschlagen, die Formulierung „gleichberechtigte Teilhabe“ durch „gleiche Teilhabe und Chancen“ zu ersetzen. **Ebenso sollte der Begriff „Vorbehalte, Vorurteile und Ängste“ aufgenommen werden.**

Entsprechend wurde das Leitbild überarbeitet:<sup>1</sup>

#### **Gemeinsam in Vielfalt – Zuhause in Dortmund**

Dortmund ist eine welt- *und kulturoffene* Stadt.

Bürgerschaft, Politik und Verwaltung betrachten es daher als Selbstverpflichtung, allen Menschen in der Stadt *gleiche Teilhabe und Chancen* auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen und das friedliche, *respektvolle* Miteinander zu sichern.

Grundlage unseres Handelns sind dabei

- die Menschenrechte,
- die Werteordnung des Grundgesetzes,
- der *gleichberechtigte* Dialog auf Augenhöhe.

Wir in Dortmund machen „*Gemeinsam in Vielfalt*“ daran fest, dass Vielfalt in der Gesellschaft als Bereicherung der Kompetenzen und Erfahrungen aller empfunden, *Vorbehalte, Vorurteile und Ängste* abgebaut und Unterschiede akzeptiert werden.

---

<sup>1</sup> Ergänzungen sind kursiv angemerkt.

Weitere Anmerkungen und Diskussionsmerkmale waren:

- Flüchtlinge sollten auch in das Leitbild integriert werden.
- Einlassen auf Deutschland und Europa.
- Erwähnung des Begriffs der Partizipation.
- Hervorhebung des Anspruchs der Integration und nicht der Assimilation.

Diese Punkte sind bereits durch den Anspruch des Leitbildes, alle Menschen zu berücksichtigen, und die Betonung der Werteordnung des Grundgesetzes abgedeckt.

## 1.2 Ergebnisse der Dialogrunde „Definition des Begriffs Integration“

In der Dialogrunde zur „Definition des Begriffs Integration“ gab es konstruktive Diskussionen zu mehreren Themenbereichen:

- **Als entscheidende Merkmale in beiden Entwürfen wurden „Respekt“ und „Sprache“ benannt. Dieser gegenseitige Respekt sei unabdingbar für eine erfolgreiche Integration. Konsens bestand auch darin, dass das Beherrschen der Sprache der Aufnahmegesellschaft die Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.** Gleichwohl wurde betont, dass das alleinige Beherrschen der deutschen Sprache nicht mit gelungener Integration gleichgesetzt werden kann.
- Rege diskutiert wurde auch das Thema Muttersprache, ausgelöst durch den Entwurf des Ausländerbeirats („Integration ist ohne Vernachlässigung der Muttersprache möglich.“). Es stellte sich die Frage, ob die deutsche Sprache ausschließlich verbindlich sei oder man ebenfalls in die Muttersprache investieren sollte. **Hier wurde die Meinung deutlich, dass die Beibehaltung und Förderung der Muttersprache aus Sicht der sprachlichen Kompetenz, der Wertschätzung der Migrantenkultur sowie als Basis für den Erwerb der „neuen“ Sprache durchaus wichtig sei.**<sup>2</sup>
- Eine Dialogrunde von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern äußerte den Wunsch nach einer allgemeingültigen Definition des Begriffs „Integration“, die nicht nur auf Dortmund beschränkt bleiben sollte.
- Eine Runde aus Personen, die praktische Integrationsarbeit leisten, war sich darin einig, dass zwischen beiden Entwürfen inhaltlich grundsätzlich Einigkeit bestehe. **Es gebe lediglich in den Formulierungen Unterschiede, über die man unter Heranziehung neuer Begriffe Konsens erzielen könne.**
- **Kritisch diskutiert wurde auch die Formulierung „Fördern und Fordern“, die politisch zu stark besetzt sei. Der Vorschlag einer Umformulierung (beispielsweise „Beidseitige Aktivitäten und Verantwortung“) wurde eingebracht. Gleichzeitig herrschte Konsens im Hinblick darauf, dass Integration in der Verantwortung aller Beteiligten liege.**
- Ferner gab es ergebnisoffene Diskussionen zur Wertedebatte (Inwieweit müssen sich Migrantinnen und Migranten einem deutschen Wertekonsens anpassen und inwieweit muss sich die Aufnahmegesellschaft mit Wertvorstellungen von Zuwanderinnen und Zuwanderer auskennen?). **Kernaussage bei der Wertedebatte war, dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede möglich sein sollten und Vielfalt als Chance begriffen werden muss.**

---

<sup>2</sup> Im Verlauf des Masterplan-Prozesses wäre es vorstellbar, zur Frage der Bilingualität wissenschaftliche Erkenntnisse heran zu ziehen, um den Prozess fundiert zu begleiten.

- Zum Themenfeld Berufssituation/Parallelgesellschaften gab es ebenfalls Diskussionen (Inwieweit führen fehlende (berufliche) Perspektiven zur (Fort)-Entwicklung von Parallelgesellschaften?).

Ausgehend von den diskutierten Aspekten, Ergänzungen und Bewertungen – einschließlich sprachlicher Anmerkungen – wird die Begriffsdefinition Integration wie folgt überarbeitet:

**Integration beinhaltet im Kern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Dortmund auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes.**

Integration

- ist ein langfristig angelegter, dialogorientierter Prozess auf gleicher Augenhöhe,
- liegt in gleicher Verantwortung aller Beteiligten,
- erfolgt nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ *im Sinne beidseitiger Aktivitäten und Verantwortlichkeiten,*
- setzt bei den Potenzialen der einheimischen und zugewanderten Menschen an (Anerkennungskultur),
- ist das gegenseitige *Respektieren und Wertschätzen* der jeweiligen Identitäten *und Kompetenzen,*
- hat als Grundvoraussetzung die sprachliche Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft *ohne Vernachlässigung der Muttersprache.*

Weitere Anmerkungen und Diskussionsmerkmale:

- Wie stellt sich die Verantwortung der Medien bei gesellschaftlichen Integrationsprozessen dar?
- Gleiche, gemeinsame Verantwortung setzt gleiche und gemeinsame Rechte voraus. Dies wurde gerade im Hinblick auf Einflussmöglichkeiten des Ausländerbeirats diskutiert.

Diese Anmerkungen gehen über die Ansprüche eines Integrationsbegriffs bzw. Leitbildes hinaus und könnten im Rahmen der Schwerpunktsetzungen gesondert betrachtet werden.

### **1.3 Ergebnisse der Dialogrunde „Schwerpunktsetzung für 2006/2007“**

Die Dialogrunde „Schwerpunktsetzung für 2006/2007“ hat auf der Grundlage des Antrags der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Schwerpunktthemen und Handlungsfelder in der zukünftigen Dortmunder Integrationsarbeit diskutiert.<sup>3</sup> Vorrangig ging es auf der Auftaktveranstaltung darum, auf breiter Basis eine Entscheidung dahin gehend zu erzielen, welche fünf sogenannten „Top-Themen“ in der zukünftigen Integrationsarbeit Dortmunds intensiv behandelt, initiiert, gefördert und vernetzt werden sollen. Zur Diskussion standen die Themen:

---

<sup>3</sup> Der Ratsbeschluss vom 15.12.2005 wurde auf der Grundlage dieses Antrags gefasst.

- Sprachförderung
- Ausbildung/Beschäftigung
- Politische Partizipation
- Migrantinnen und Migranten als Unternehmerinnen und Unternehmer
- Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten
- Interkulturelle Stadtentwicklung
- Kultur der Migrantinnen und Migranten
- Ältere Migrantinnen und Migranten
- Unterbringung von Flüchtlingen
- Humanitäre Versorgung von Menschen ohne Papiere

Neben der grundsätzlichen Diskussion über die favorisierten Schwerpunktthemen ergaben sich noch zusätzliche Themen, die in die Abstimmungsliste aufgenommen wurden:

- Schule
- Freizeit
- Dialog mit Migrantenselbstorganisationen (mit Öffnung nach beiden Seiten)
- Einbeziehung ausländischer Medien (zum Zwecke der Information über Integration auf allen Wegen)
- Frauenförderung
- Kinder und Jugendliche
- Interkulturelle Öffnung
- Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros

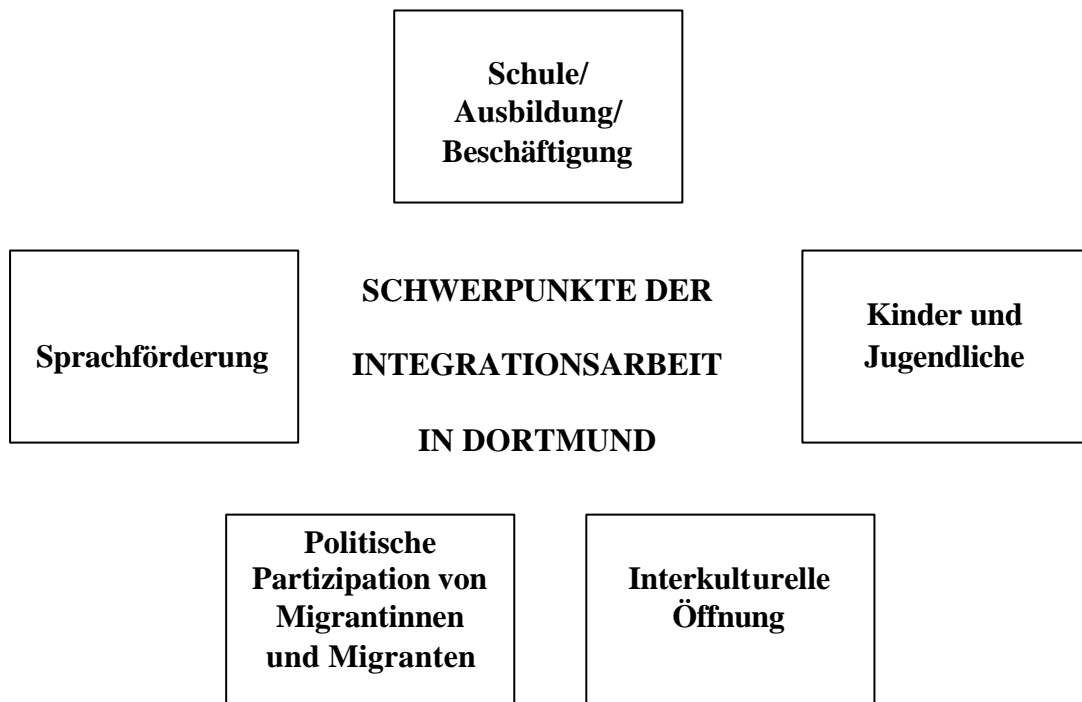
**Die Abstimmung über diese Themen - jeder Teilnehmende konnte mit drei Punkten das für ihn wichtigste Thema bewerten - ergab folgendes Bild:**

- **Schule/Ausbildung/Beschäftigung (65 Punkte)<sup>4</sup>**
- **Sprachförderung (50 Punkte)**
- **Kinder und Jugendliche (42 Punkte)**
- **Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten (41 Punkte)**
- **Interkulturelle Öffnung (30 Punkte)**
- Dialog mit Migrantenselbstorganisationen (24 Punkte)
- Interkulturelle Stadtentwicklung (19 Punkte)
- Humanitäre Versorgung von Menschen ohne Papiere (13 Punkte)
- Frauen (10 Punkte)
- Medienarbeit (10 Punkte)
- Unterbringung von Flüchtlingen (8 Punkte)
- Kultur der Migrantinnen und Migranten (7 Punkte)
- Freizeit (6 Punkte)
- Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten (6 Punkte)
- Migrantinnen und Migranten als Unternehmerinnen/Unternehmer (5 Punkte)
- Anlaufstelle Diskriminierungsbüro (4 Punkte)
- Ältere Migrantinnen und Migranten (4 Punkte)

---

<sup>4</sup> Ursprünglich sollte das Thema Schule als eigenständiges Schwerpunktthema aufgeführt werden. In der abschließenden Diskussionsrunde vor der Abstimmung wurde beschlossen, das Schwerpunktfeld „Schule/Ausbildung/Beschäftigung“ zu nennen, da Schule die Grundlage für Ausbildung und Beschäftigung ist.

Somit werden folgende fünf „Top-Themen“ die Integrationsarbeit in Dortmund in den nächsten zwei Jahren bestimmen:



Das Thema „Kultur der Migrantinnen und Migranten“ wird ausführlich in der Vorlage „Handlungskonzept Interkultur. Kulturelle Vielfalt und Kulturpolitik in Dortmund“ (Drucksache Nr.: 04958-06) behandelt, die der Rat am 08.06.2006 beschlossen hat.

## **2. Weitere Vorgehensweise**

Bereits auf der Auftaktveranstaltung zeichneten sich zu den favorisierten „Top-Themen“ sogenannte „Meilensteine“ ab. D.h., dass neben der Abstimmung über zukünftige Schwerpunktthemen auch ansatzweise diskutiert wurde, welche inhaltlichen Vertiefungen zu den jeweiligen Schwerpunktthemen in der Zukunft verstärkt umgesetzt werden sollten. Dazu zählen beispielsweise „Meilensteine“ wie „Stärkung des Migrantenunternehmertums und Ausbilder“, „Vernetzung der Sprachkursträger“, „Sprachförderung für alle Altersgruppen“ oder „Förderung der Einbürgerung“.

Um die Konkretisierung der „Top-Themen“ und das Herausfiltern der „Meilensteine“ wird es im nächsten Schritt des Masterplan gehen. Hierzu werden im Rahmen von Teilveranstaltungen Expertinnen und Experten die jeweiligen Einzelergebnisse konkretisieren und damit die Arbeitsgrundlage für ihre Umsetzung erarbeiten.

Die Umsetzung der Schwerpunktfelder bzw. daraus resultierender „Meilensteine“ werden in Abstimmung mit dem Prozess „Integration mit aufrehtem Gang (IMAG)“ erfolgen.

Innerhalb der Bearbeitung der Schwerpunktthemen ist ferner geplant, die Kooperation mit bereits bestehenden Projekten zu suchen. Beispielhaft sei hier eine Zusammenarbeit mit dem „Projekt Zeitgewinn“ zu erwähnen, wenn es um die Umsetzung des Schwerpunktes „Schule/Ausbildung/Beruf“ gehen soll. Im Hinblick auf das Thema „Kultur der Migrantinnen und Migranten“ werden die Arbeitsschritte und die Ergebnisse des „Handlungskonzeptes Interkultur. Kulturelle Vielfalt und Kulturpolitik Dortmund“ bei der Umsetzung des Masterplans berücksichtigt.

Ebenso erfolgt eine Tagungsdokumentation. Nach Beschluss der Vorlage im Rat wird mit der Bearbeitung der fünf „Top-Themen“ begonnen. Zum Zwecke der Gestaltung der Teilveranstaltungen bzw. Bearbeitung der „Top-Themen“ wird derzeit ein einheitliches Schema/Konzept entwickelt, das als zukünftige Grundlage für die Umsetzung der „Meilensteine“ dienen soll. Ziel der Teilveranstaltungen soll es sein, im Rahmen von thematischen Experten- und Praktikerrunden diese „Meilensteine“ (vorgesehen sind zwei Meilensteine pro Schwerpunkt) zu definieren. Jedes Schwerpunktfeld bzw. „Top-Thema“ soll über einen begrenzten Zeitraum konzentriert thematisiert und durch bereits bestehende oder neu initiierte Projekte (=„Meilensteine“) gefördert werden. Langfristiges Ziel wird es sein, dass diese Projekte nach Abschluss des begrenzten Zeitraumes zu eigenständig laufenden Prozessen werden bzw. sich mit neuer Schubkraft am Integrationsprozess beteiligen.

**Die Ergebnisse eines jeden Schwerpunktfeldes bzw. „Top-Themas“ münden wiederum in eine Vorlage für die entsprechenden Ratsgremien.**

Der dezernatsübergreifende AK Integration soll als ständiges Begleitgremium den Prozess weiterhin begleiten, um so die Querschnittsverbindung über Dezernatsgrenzen hinaus und die breite städtische Akzeptanz zu sichern. Für einzelne Themen ist der AK ggf. zu erweitern.

„PHASENMODELL MASTERPLAN INTEGRATION“

Phase	Zeitschiene	Einzelschritte	Ergebnis	Beteiligte	Beschluss
<b>Entwicklung der strategischen und konzeptionellen Grundlagen</b>	Mai 2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klärung der verwaltungsinternen Federführung im Prozess</li> </ul>	Integrationsbeauftragter 3/Dez		VV
	08.09.05	Workshop <ul style="list-style-type: none"> <li>• Klärung der verwaltungsinternen strukturellen Handlungsparameter/Eckpunkte für einen Masterplan Integration</li> <li>• Konstituierung des Begleitgremiums</li> </ul>	Analyse Ist-Zustand Gründung „AK Integration“	Verwaltung	Nein
	29.11.2005	Vorbereitung der verwaltungsinternen und der politischen Beschlussfassung zur <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung des Masterplan Integration zur strategischen Ausrichtung der Integrationsarbeit in Dortmund</li> </ul>	Politischer Antrag (SPD/Grüne)	Verwaltung (AK Integration)	Nein
<b>Schaffung von Konsens</b>	15.12.2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herbeiführung der politischen Beschlussfassungen zur Entwicklung eines Masterplan Integration zur strategischen Ausrichtung der Integrationsarbeit in Dortmund</li> </ul>	<u>Grundsatzbeschluss:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auftrag an die Verwaltung</li> <li>• Arbeitsaufnahme „AK Integration“</li> </ul>	Verwaltung (AK Integration), Politik	Rat der Stadt Dortmund
	15.08.2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschluss zur weiteren Arbeitsweise des Begleitgremiums „AK Integration“</li> </ul>			VV
<b>Dialogorientierung und Beteiligung aller Akteure</b>	02.06.2006	Öffentliche Auftaktveranstaltung Masterplan Integration zur Erarbeitung von <ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitbild</li> <li>• Definition Integration</li> <li>• Schwerpunktthemen</li> </ul>	Diskussion (siehe Beteiligte) und darauf aufbauend breiter Konsens	Politik, Verwaltung, Verbände, Bevölkerung, Migrantenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen	Nein
<b>Sammlung und Analyse von Daten</b>	August 2006	Analyse der Ausgangslage im Rahmen der Entwicklung des Sozialstrukturatlas/Berichtes zur sozialen Lage		AK Integration	Nein
	November 2006	Darauf aufbauend: Weiterentwicklung der Handlungsfelder	Verwaltung	AK Integration	Nein
	Ab 15.08.2006	Vorlage Masterplan Integration an die politischen Gremien	Diskussion (siehe Beteiligte) und darauf aufbauend Konsens	Politik, Verwaltung	VV und pol. Gremien

<b>Phase</b>	<b>Zeitschiene</b>	<b>Einzelschritte</b>	<b>Ergebnis</b>	<b>Beteiligte</b>	<b>Beschluss</b>
<b>Umsetzung</b>	Ab Herbst 2006	Einzelveranstaltungen zur Entwicklung von Meilensteinen zu den einzelnen Schwerpunktthemen	Gründung der Projektgruppen  Fach- und inhaltlicher Austausch und darauf aufbauend Konsens zwischen den Beteiligten	Expert/-innen aus Politik, Verwaltung, Verbände, Migrantenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen	VV und pol. Gremien
		Koordination des Netzwerkes			
<b>Wissenschaftliche Begleitung</b>					